MEXIKO FÜHRT DIE „EXKLUSIVE WIRTSCHAFTSZONE" VOR SEINER KÜSTE EIN

Von GERHARD SCHEFFLER

Mit diesem Zugriff auf die hohe See[1] beansprucht Mexiko nicht nur einen Teil des Golfes von Mexiko mit seinen Erdölfeldern, sondern unterwirft den gesamten Golf von Kalifornien praktisch seiner Souveränität[2]. Diese Maßnahme fügt sich allerdings der jüngsten, auch von Mexiko getragenen Entwicklung ein (I.) und hält sich im Rahmen der innerstaatlichen Souveränitätsvorstellungen (II.).

I.

Die Vereinigten Staaten selbst waren es, die eine Entwicklung des internationalen Seerechts mit der Shelf-Doctrine ihres Präsidenten Harry S. Truman[3] einleiteten, der sie sich (mit den UdSSR und dem Vereinigten Königreich) später auf den UN-Seerechtskonferenzen zu widersetzen versuchten[4]. Das Recht auf den Festlandsockel wurde alsbald von den Küstenstaaten als ihnen eo ipso zustehend in Anspruch genommen, so von Mexiko als erstem lateinamerikanischen Staat nur einen Monat später[5]. Ausgehend von den damals als technisch durchführbar angesehenen Ausbeutungsmöglichkeiten definierte die Genfer Festlandssockel-Konvention vom 29. April 1958[6] als derartigen Sockel den einem Küstenstaat vorgelagerten Meeresboden bis zu einer Tiefe von 200 m oder darüber hinaus, soweit die Tiefe des darüber befindlichen Wassers die Ausbeutung der Naturschätze zuläßt[7]. Mit dieser Definition waren von vornherein diejenigen Staaten benachteiligt, die unmittelbar an die Tiefsee angrenzen, d. h. die Küstenstaaten Schwarzafrikas und Südamerikas einschließlich Mexikos[8]. Gleichsam als Ausgleich versuchten einige dieser Staaten[9], sich ein Küstenmeer von bis zu 200 Seemeilen[10] zu vindizieren. Diese Forderung vermochte sich angesichts der konträren Interessen der schiffahrttreibenden Nationen in der Völkergemeinschaft nicht durchzusetzen. Immerhin hat die 3. Session der III. UN-Seerechtskonferenz in Genf vom 27. März bis 21. Mai 1975 als Ergebnis den allgemeinen Konsensus einer Erstreckung, allerdings auch Begrenzung des Küstenmeeres auf 12 Seemeilen gebracht[11]. Paralell hierzu steht der Versuch, den Begriff des Festlandssockels — ausgehend von den heutigen besseren Ausbeutungsmöglichkeiten — durch neue Tiefenangaben zu erweitern[12].

---

1 In einer Fläche von 2,4 Mio. qkm.
2 So ausdrücklich vom Staatspräsidenten Echeverría vor der UN-Vollversammlung vom 7. 10. 1975 ausgesprochen, Redetext in: Comercio Exterior 1975, S. 1076—1081 (1081).
3 Vgl. etwa Mouton, The Continental Shelf, Den Haag 1952, S. 251/2.
4 Martin, in: NJW 1975, S. 724 m. Nw.
5 Erklärung seines Präsidenten Avila C. vom 29. 10. 1945, Mouton a. a. O., S. 253.
6 Text in: RGDI 62 (1958), S. 382—386; Text mit deutscher Übersetzung: Hoog, Die Genfer Seerechtskonferenzen von 1958 und 1960, Frankfurt a. M. 1961, S. 111 ff.
7 Art. 1 der Konvention. Heute wird bereits eine Ölförder-Plattform für den Einsatz im Golf von Mexiko gebaut mit einer Seetiefe von 317 m, nach: Der Spiegel Nr. 1/2 v. 5. 1. 1976, S. 97.
8 So liegt die 200 m — Tiefenlinie im Golf von Mexiko — abgesehen von der Campeche-Bank — durchschnittlich nur 40 km von der Küste entfernt.
9 Chile, Peru, Ekuador, die mit der gemeinsamen Deklaration von Santiago vom 18. 8. 1952 ihre einseitigen Maßnahmen verteidigten. Ihnen schlossen sich Panamá, El Salvador, Argentinien, Brasilien, Nikaragua und Uruguay an, vgl. die Deklaration von Montevideo vom 8. 5. 1970, Text in: AJIL 64 (1970), S. 1021—1023. Ein Küstenmeer im engen Sinne beanspruchen in voller Breite von 200 sm nur Brasilien, Ekuador, Panamá und Perú, vgl. Wolfrun, in: VRÜ 1975, S. 205.
10 Gerade diese Breite ergibt sich aus der des Humboldtstromes vor der peruanischen Küste.
11 Knoke, in: Außenpolitik 1975, S. 412.
12 Zeiher, Der Begriff des Festlandssockels, jur. Diss. Frankfurt a. M. 1971, S. 107 ff.; Martin, in: NJW 1975, S. 724.

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1976-3-373 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

Wo auch immer im einzelnen diese Grenze hätte gezogen werden müssen, bei einer bestimmten Tiefe kann schlechterdings nicht mehr vom Festlandsockel gesprochen werden, so daß man dann zur Aufteilung der Tiefsee, d. h. der Ozeane insgesamt gekommen wäre[13].

Die I. UN-Seerechtskonferenz in Genf 1958 hat nicht nur die feierliche Deklaration der Freiheit der Meere gebracht, sondern auch die Diskussion über eine „Anschlußzone"[14]. Die 1960 in Genf gescheiterte II. UN-Seerechtskonferenz konnte hierzu nichts beitragen. Es waren nun die Entwicklungsländer, die in der Zwischenzeit bis zur III. UN-Seerechtskonferenz, 1. Session im Dezember 1973 in New York, die Forderung nach einer 200 Seemeilen umfassenden „exklusiven Wirtschaftszone" in den Vordergrund stellten[15]: Erstmalig wurde diese Forderung von M. Njenga, dem Leiter der Delegation Kenyas auf der 13. Session des afro-asiatischen Konsultativkomitees vom Januar 1972 in Lagos[16], aufgestellt als umfassendes Recht eines jeden Küstenstaates, in Verteidigung seiner lebenswichtigen Interessen sowohl Meeresboden und Unterboden als auch die darüber befindliche Meeresfläche in ausschließlicher Jurisdiktion auf seine biologischen und mineralischen Ressourcen hin auszuwerten und gegen Umweltschäden zu schützen[17]. Diese neue Konzeption wurde von den süd- und mittelamerikanischen Staaten[18] mitvertreten: Die Seerechtsdeklaration der lateinamerikanischen Staaten von Lima vom 8. August 1970[19] übernahm noch die bisherigen Forderungen der Deklaration von Montevideo. Die Deklaration der karibischen Staaten (einschließlich Mexikos) von Santo Domingo vom 9. Juni 1972[20] sprach sich für die Anerkennung der „patrimonial sea" (mar patrimonial) — der in Südamerika gebräuchliche Ausdruck für die exklusive Wirtschaftszone[21] — erstmals ausdrücklich aus, in der

> „el Estado ribereño ejerce derechos de soberanía sobre los recursos naturales, tanto renovables como no renovables, que se encuentran en las aguas, en el lecho y en el subsuelo . . .".

Nachdem auch die 3. Session der III. UN-Seerechtskonferenz noch zu keinem Ergebnis gekommen ist[22], ist absehbar, daß angesichts der überwältigenden Mehrheit aus den Ländern der Dritten Welt und der Aufgabe des Widerstandes der USA

---

13 Menzel, in: NJW 1969, S. 2074 f.

14 Beurier — Cadenat, in: RGDI 78 (1974), S. 602. Die Forderung nach einer Anschlußzone (zone contiguë) als Bereich für die Ausübung einzelner Rechte (Sicherheitsrechte, Zoll- und Sanitätspolizei) jenseits der Territorialgewässer wurde bereits auf der I. Konferenz für die Kodifikation des Völkerrechts vom 13. 3.—14. 4. 1930 in Den Haag diskutiert, vgl. Guggenheim, Traité de Droit international public, tome I, Genf 1953, S. 390/1; Simonnet, La Convention sur la Haute Mer, Paris 1966, S. 203 ff., während der Weltkriege von den neutralen amerikanischen Staaten zur Fernhaltung von Kriegsmaßnahmen bis zu 300 sm beansprucht, vgl. Scheuner, in: ZVR 24 (1941), S. 180 f. und 206 f., und schließlich in Art. 24 der Genfer Konvention über das Küstenmeer und die Anschlußzone vom 29. 4. 1958, Text bei Hoog a. a. O., S. 58—77, in der herkömmlichen Struktur für eine Breite von 12 sm anerkannt. Die Entwicklung ist allerdings über diesen Kompromiß hinweggegangen.

15 Beurier — Cadenat, in: RGDI 78 (1974), S. 601.

16 Beurier — Cadenat, in: VRÜ 1975, S. 391.

17 Beurier — Cadenat, in: RGDI 78 (1974), S. 603/4, wobei etwa die wirtschaftliche Abhängigkeit Islands vom Fischfang Rechtfertigung einer ausgedehnten Fischerei- und Fischereischutzzone sei.

18 Zur interamerikanischen Diskussion vgl. auch Shigeru Oda, International Control of sea resources, Leyden 1963, S. 38 ff.

19 Rüster, Verträge und Deklarationen über den Festlandsockel (Continental Shelf), Frankfurt a. M. 1975, S. 96—97.

20 AJIL 66 (1972), S. 918—920.

21 Der Ausdruck „patrimonial sea (mar patrimonial)" wurde vom chilenischen Juristen E. Vargas Carreño, Bases para una posición latinoamericana sobre el Derecho des Mar, wiedergegeben in: América Latina y el derecho del mar, México 1973, S. 73—81, in die Diskussion eingebracht. Bislang war Costa Rica das Land, das ein 200 sm breites patrimonial sea (mar patrimonial) mit Dekret vom 10. 2. 1972 eingeführt hat.

22 Der „Informal Single Negotiating Text" vom 7. 5. 1975 gibt lediglich den Verhandlungsstand durch die Vorsitzenden der 3 Fachausschüsse wieder, Knoke, in: Außenpolitik 1975, S. 408. Kapitel III in Teil II des Single-Textes behandelt die „exklusive Wirtschaftszone" (Definition dort in Art. 45) und übernimmt damit die Nomenklatur der Langküstenstaaten, Knoke a. a. O., S. 413.

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1976-3-373 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

und der UdSSR auf der 4. Session 1976 eine völkerrechtlich verbindliche Regelung gefunden wird.

Mexiko hat sich auf der III. Seerechtskonferenz führend für die exklusive Wirtschaftszone eingesetzt, gleichzeitig, nicht zuletzt angesichts der Nachbarschaft zu den USA, nach Kompromißmöglichkeiten gesucht: In der 2. Session von Caracas formulierte die mexikanische Delegation zusammen mit denen aus 8 anderen Ländern am 26. Juli 1974 einen Konventionsentwurf[23]. Während der 3. Session lieferte Mexiko eine Ausgleichsklausel, nach der bei Nichtzuteilung von Kompetenzen für die Küstenstaaten oder andere Staaten im umstrittenen Bereich ein Ausgleich nach Billigkeitsgrundsätzen erfolgen soll[24].

II.

Nachdem die USA ihren Widerstand gegen die exklusive Wirtschaftszone aufgegeben haben, um wenigstens die 12-sm-Begrenzung für die Territorialgewässer zu halten, sah sich Mexiko von keinen außenpolitischen Rücksichten mehr behindert und machte einen weiteren Schritt in der „Mexikanisierung" lebenswichtiger Ressourcen[25].

Mit seiner Verfassung vom 5. Februar 1917 erklärte Mexiko allen Grund und Boden mit seinen Bodenschätzen sowie die Territorialgewässer zum Eigentum des Staates:

Art. 27:

> „La propiedad de las tierras y aguas comprendidas dentro de los límites del territorio nacional, corresponde originariamente a la Nación, la cual ha tenido y tiene el derecho de transmitir el dominio de ellas a los particulares, constituyendo la propiedad privada...
>
> Son también propiedad de la Nación las aguas de los mares territoriales en la extensión y términos que fija el Derecho Internacional; ..."

Diese Verfassungsbestimmung war Grundlage der Agrarreformgesetze[26]. Nächster Schritt zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit war die Nationalisierung der Erdölindustrie durch Dekret vom 18. März 1938[27]. Die Sicherung der künftigen wirtschaftlichen Nutzung des Meeres wird wiederum als Ausfluß staatlicher Souveränität angesehen, gleichwohl im Gleichklang mit der internationalen Entwicklung: Zunächst erstreckte Mexiko seine Territorialgewässer[28] im Golf von Kalifornien durch Dekret vom 29. August 1969[29] in Ausfüllung der Ausnahmeregelung in Art. 4 der Genfer Konvention über das Territorialmeer und die Anschlußzone[30] — gerade Ausgangslinien bei buchtenreicher Küstenlinie und nahen Inselketten —. Damit war der Golf nördlich des 29. Breitengrades auf der Höhe der Insel San Esteban zum mexikanischen Binnenmeer geworden.

Durch Novellierung von Art. 27 der Verfassung wird die konstitutionelle Grundlage für die Bundesgesetzgebung zur Einführung der exklusiven Wirtschaftszone

---

23 UN-Dokumente (Caracas Session 1974): A/Conf. 62/L. 4., S. 94—96.
24 Knoke, in: Außenpolitik 1975, S. 413/4.
25 Vargas, in: Comercio Exterior 1975, S. 1153.
26 Vgl. Magariños Torres, El problema de la tierra en Mejico y la constitución socialista de 1917, Madrid 1932; Silva Herzog, El agrarismo mexicano y la reforma agraria, México — Buenos Aires 1959.
27 Text bei Silva Herzog, Historia de la expropiación de las empresas petroleras, 4. Aufl. México 1973, S. 111—113.
28 12 sm, vgl. Kehden, Die Inanspruchnahme von Meereszonen und Meeresbodenzonen durch Küstenstaaten, 2. Aufl. Hamburg 1971, S. 118.
29 D. O. v. 30. 8. 1969 und v. 5. 10. 1969.
30 Dieses Abkommen hatte Mexiko am 17. 12. 1965 ratifiziert, D. O. v. 5. 1. 1966 (nach Vargas, in: Comercio Exterior 1975, S. 1151).

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1976-3-373 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

gelegt, wobei auch hier Verständigungsmöglichkeiten mit den interessierten Staaten auf der Höhe Yucatans offengehalten werden: Ein VIII. Abschnitt wird dem Art. 27) wie folgt angefügt:

„La nación ejerce en una zona económica exclusiva situada fuera del mar territorial y adyacente a éste, los derechos de soberanía y las jurisdicciones que determinen las leyes del Congreso. La zona económica exclusiva se extenderá hasta doscientas millas náuticas, medidas a partir de la línea de base desde la cual se mide el mar territorial, excepto frente a las costas de la península de Yucatán donde la delimitación de la zona se efectuará, en la medida en que sea necesario, por acuerdo con los estados interesados[31]."

Damit wird nach den Gesetzesmotiven[32] die „Erfüllung des alten Wunsches der Mexikaner: Ausschluß des Golfes von Kalifornien von ausländischer Einflußnahme" erreicht.

Das Ausführungsgesetz bestimmt in seinen maßgebenden Artikeln 4 bis 6:

„Artículo 4. En la zona económica exclusiva, la nación tiene:

I. Derechos de soberanía para los fines de exploración y explotación, conservación y administración de los recursos naturales, tanto renovables como no renovables, de los fondos marinos, incluido su subsuelo, y de las aguas suprayacentes.

II. Derechos exclusivos y jurisdicción con respecto al establecimiento y la utilización de islas artificiales, instalaciones y estruturas.

III. Jurisdicción exclusiva con respecto a otras actividades tendientes a la exploración y explotación económicas de la zona.

IV. Jurisdicción con respecto a:

a) la preservación del medio marino, incluidos el control y la eliminación de la contaminación;

b) la investigación científica.

Artículo 5. Los estados extranjeros gozarán en la zona económica exclusiva de las libertades de navegación y sobrevuelo y del tendido de cables y tuberías submarinos, así como de otros usos internacionalmente legítimos del mar relacionados con la navegación y las comunicaciones.

Artículo 6. El Poder Ejecutivo Federal dictará medidas adecuadas de administración y conservación para que la preservación de los recursos vivos no se vean amenazados por una explotación excesiva. El Ejecutivo Federal determinará la captura permisible de recursos vivos en la zona económica exclusiva[33]."

---

31 Text in: Comercio Exterior 1975, S. 1194.
32 Nach Comercio Exterior 1975, S. 1196.
33 Ley Reglamentaria de Párrafo Octavo del Artículo 27 Constitucional, relativo a la zona económica exclusiva, v. 4. 12. 1975, D. O. v. 13. 2. 1976, S. 2. In Kraft getreten am 31. 7. 1976 gemäß Dekret v. 4. 6. 76, D. O. v. 7. 6. 1976, S. 3.

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1976-3-373 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

where the growth of formal, foreign system of norms and values are subverted and retarded by premordial types, to that of "Fusional dualism" where the formal elements will begin to gain the upper hand in influencing actual behaviour. One strategy which this essay considers as a highly plausible approach toward this objective is identified under the concept of the "Desiderative Constitution", which is formulated as a codification of formal definitions of institutions and norms explicitly designed to engender orientations whose net effects will tend to curb those manifestations of tradition that exert a dysfunctional impact on the emergence of modernizing forces while at the same time reinforcing and striking deep roots in the benign hereditary milieu.

The Political Image of Ghanaian Civil Servants

By Rolf Hanisch

In African countries, the civil service represents a social class of considerable importance which surpasses by far its numerical strength. The success of the Politicians' policy depends largely on its efficiency and its subjective consciousness of wanting to prepare and implement a certain policy. In the context of their societies, the civil servants represent most often a socially privileged group, which has considerable group interests to defend and which has, therefore, the reputation of being not particularly innovatory in their attitude.
This paper tries to gather some empirical data on the political image of civil servants in Ghana on the basis of 237 questionnaires. The core of the series of problems concerned were the economic and development problems and prospects of the country under particular consideration of international relations. If this sample is representative, the approval and, thus, support of radical solutions — in whatever direction — is hardly to be expected from the majority of the Ghanaian civil service. It sticks much more to the prevailing structures, tries to come to terms with them, to intensify and improve them and to expand them positively for Ghana. The world image is often rather ingenious and the solutions suggested for acknowledged problems are rarely ingenious and reasoned. This is moreover obviously based on a considerable over-assessment of the importance and possibilities of Ghana in the world.

Mexico's Establishing of the Exclusive Economic Zone to its Coasts

By Gerhard Scheffler

From the beginning, Mexico was one of the first states claiming the exclusive economic zone. The setting up of this zone by Mexico in July 31, 1976 remains in the recent development of this matter: One month after US-President Harry S. Truman's Proclamation on the continental shelf Mexico claimed the shelf before its coasts. In 1972 the Afro-Asiatic countries demanded the body of sea, therein coastal state would have special jurisdiction to explore and exploit for its own benefit the marine resources and those of the seabed and subsoil of the

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1976-3-373 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY

sea and to prevent marine pollution. This "patrimonial sea" — the favoured denotation in Latin America — was claimed at the subregional level in the Declaration of Santo Domingo, adopted at the Specialized Conference of the Carribean Countries (including Mexico) on Problems of the Sea, held in June 9, 1972. In view of the neighbourhood of the United States Mexico formulated compromises in the debates of the 2nd and 3rd session of the Third Conference on the Law of the Sea. After the United States give up the resistance against the exclusive economic zone Mexico establishes this zone as a further step in „Mexicanization" of its own resources. Legal basis is an amendment to article 27 of the constitution, promulgated in 1917. This article, declaring territory and the territorial sea to property of state, was basis for nationalizing the foreign petroleum industry in 1938. The important details of the law concerning the execution of the constitutional amendment and therefore establishing the exclusive economic zone are verbal quoted. Now, the Gulf of California in its whole length is a land sea of Mexico, one of the results of this law.

https://doi.org/10.5771/0506-7286-1976-3-373 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY